

**An Delegierte und Gäste  
des 24. Bundeskongresses  
der Gewerkschaft der Polizei**

**Klaus Ernst, MdB  
Gesine Löttsch, MdB**  
Parteivorsitzende

Karl-Liebnecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon: 030 / 24 009 - 530  
Telefax: 030 / 24 009 - 631  
[buero.parteivorsitz@die-linke.de](mailto:buero.parteivorsitz@die-linke.de)

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)  
[www.klaus-ernst-mdb.de](http://www.klaus-ernst-mdb.de)  
[www.gesine-loetzsch.de](http://www.gesine-loetzsch.de)

Unser Zeichen: EK/RD

## **Grußwort an den 24. Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei**

Berlin, den 16. November 2010

Lieber Kollege Freiberg, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Zu Ihrem 24. Bundeskongress senden wir Ihnen solidarische und freundliche Grüße.

Sie haben Ihren Kongress unter das Motto „Sicherheit ist MehrWert“ gestellt. Wir wissen, dass das ein ehrgeiziges Ziel ist. Es wird angesichts um sich greifender Kürzungswut in den öffentlichen Haushalten zweifellos immer schwieriger, eine stabile Sicherheit zu garantieren.

Das Kürzungsprogramm der Bundesregierung wird überproportional zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Beamtinnen und Beamten umgesetzt. Die auf fünf Jahre befristete Kürzung der Sonderzahlung in der Beamtenbesoldung – das ehemalige Weihnachts- und Urlaubsgeld – sollte Ende 2010 auslaufen. So war es vereinbart. Nun aber hat die Bundesregierung diese Maßnahme bis zum Jahr 2015 verlängert. Für die Regierung ist das eine Einsparung von jährlich 511 Millionen Euro. Für Beamtinnen und Beamte ist es ein immenser Vertrauensbruch.

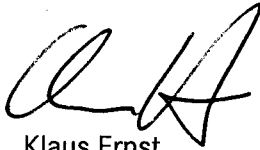
In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Kürzungen bei Bezügen und Versorgungen. Die Arbeitszeiten wurden verlängert, eine große Anzahl von Stellen gestrichen. Beamtinnen und Beamte bekommen immer weniger Geld, sollen immer länger arbeiten und haben immer mehr Aufgaben zu absolvieren. Gleichzeitig plant die Bundesregierung mit ihrem Kürzungspaket die Streichung weiterer zehn- bis fünfzehntausend Stellen in Bundesbehörden. Stellenkürzungen, Einkommensverluste und Perspektivlosigkeit – das sind nicht gerade motivierende Voraussetzungen für solch verantwortungsvolle Tätigkeiten.

Wir treten gemeinsam mit Ihnen dafür ein, Gewalt sozial und kulturell zu ächten. Wir unterstützen und fordern gemeinsam mehr Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. DIE LINKE hat sich stets für mehr Bürgerrechte und gegen Demokratieabbau eingesetzt. Es gibt nicht mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, wenn ihre Rechte weiter eingeschränkt werden.

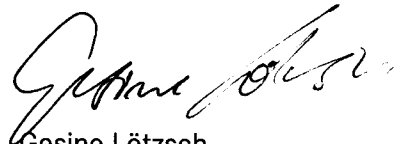
Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen allen Polizeibeamtinnen und -beamten unsere größte Hochachtung aus und versichern unsere weitere Unterstützung, wenn es um die Durchsetzung gewerkschaftlicher Rechte, besserer Arbeitsbedingungen und guter Bezahlung geht. Wir werden uns verstärkt dafür einsetzen, dass den Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei nicht durch Kürzungen das Arbeiten erschwert, sondern ihre Situation durch eine angemessene, vernünftige finanzielle Ausstattung verbessert wird.

Wir wünschen Ihrem Kongress interessante, anregende Diskussionen, ein gutes Ergebnis und Ihrem Anliegen eine große Öffentlichkeit weit über diesen Tag hinaus. Für Gespräche stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Klaus Ernst  
Vorsitzender der Partei DIE LINKE



Gesine Löttsch  
Vorsitzende der Partei DIE LINKE